

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Sind wir nun eigentlich "arm" oder "reich"?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Sind wir nun eigentlich "arm" oder "reich"?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 2, pp. 56-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133079>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Sind wir nun eigentlich „arm“ oder „reich“?

## Arm und reich sind relative Begriffe

Wie alles auf der Welt, so ist auch die Frage, ob jemand reich oder arm ist, relativ. Es kommt nicht nur darauf an, wie „reich“ seine Umwelt ist, sondern auch seine eigenen Lebensansprüche sind wesentlich. Diese Feststellung ist keineswegs neu, aber sie wird in der Gegenwartsdiskussion um die Entwicklungshilfe, Verteidigungsbeiträge und anderes mehr häufig übersehen. Sie gilt gleichermaßen für Einzelpersonen wie für Wirtschaftsunternehmen und auch für ganze Volkswirtschaften.

Selbstverständlich ist Deutschland, wie alle anderen Industriestaaten auch, reich, wenn man die sogenannten unterentwickelten Länder zum Vergleich heranzieht. Der Reichtum einer Volkswirtschaft ergibt sich aus der Höhe des in ihr arbeitenden Sachkapitals, aus dem Vorhandensein von Bodenschätzen oder auch nur von landschaftlichen Schönheiten, von guten Kulturböden, hohem Stand des technischen Wissens und aus manchen anderen Dingen mehr. Dabei ist es insbesondere die Sachkapitalausstattung, die ihrerseits die Höhe der industriellen Produktion und damit einen wichtigen Teil — in Industriestaaten sogar den wichtigsten Teil — des Volkseinkommens bestimmt.

Man erinnert sich, daß vor 200 Jahren die Ansichten über den Reichtum der Nationen wesentlich einseitiger waren. So hat die nationalökonomische Schule der Physiokraten die produktive Kraft des Staates nur in der Landwirtschaft gesehen, die sie für allein wertschöpfend hielt, weil Handel und Gewerbe die von der Natur erzeugten Werte vermeintlich nur umwandelten. Demgegenüber hatte der Merkantilismus — dem jahrhundertlang praktisch alle absoluten Fürsten bis in die Zeit Friedrichs des Großen anhängen — einseitig die Aktivität der Handelsbilanz und das Geld als die alleinige Quelle des Reichtums der Nationen angesehen, was dazu ver-

leitet hatte, durch Intensivierung der Ausfuhr und Begrenzung der Einfuhr von Waren möglichst große Vorräte an Gold und anderen Edelmetallen ansammeln zu wollen.

### Volkseinkommen in den Industriestaaten

Vergleichen wir das Volkseinkommen je Kopf in den Industriestaaten und in den sogenannten Entwicklungsländern, so zeigen sich außerordentlich krasse Unterschiede. Diese Unterschiede spiegeln sich — oder besser sie haben ihre Ursache — in der unterschiedlichen Höhe der Sachkapitalausstattung und natürlich auch der übrigen Reichtumsfaktoren. Im Jahre 1958 bzw. 1959 (daß die verfügbaren Unterlagen nicht auf das gleiche Jahr lauten, ist für den Zweck dieser Ausführungen unerheblich) betrug das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung — über die offiziellen Wechselkurse umgerechnet — in

|                |          |
|----------------|----------|
| USA            | 9 374 DM |
| Schweiz        | 5 426 DM |
| Großbritannien | 4 283 DM |
| Bundesrepublik | 3 480 DM |
| Frankreich     | 3 417 DM |
| UdSSR          | 1 804 DM |
| Argentinien    | 679 DM   |
| Brasilien      | 526 DM   |
| Thailand       | 459 DM   |
| Indien         | 278 DM   |
| Indonesien     | 269 DM   |
| Tanganjika     | 230 DM   |
| Pakistan       | 223 DM   |

Hält man die Wechselkurse für „verzerrt“ und rechnet man deshalb nach den vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden berechneten Kaufkraftparitäten für die Lebenshaltung um, so ergibt sich für die wichtigeren der vorgenannten Länder die nachstehende Staffellung des Volkseinkommens:

|                |          |
|----------------|----------|
| USA            | 6 829 DM |
| Großbritannien | 4 803 DM |
| Schweiz        | 4 662 DM |
| Frankreich     | 3 615 DM |
| Bundesrepublik | 3 480 DM |
| Argentinien    | 1 204 DM |
| Brasilien      | 566 DM   |

### Ausstattung mit Sachkapital

Über die Sachkapitalausstattung der Volkswirtschaften gibt es leider kaum statistische Angaben. Das Deutsche Institut für Wirtschafts-

forschung, Berlin, hat 1957 (Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1957, S. 185 ff.) eine Untersuchung von Tibor Barna veröffentlicht, wonach das industrielle Anlagevermögen, auf den Kopf der industriellen Beschäftigten bezogen, 1956 (zu Preisen von 1950) in

|                |          |
|----------------|----------|
| USA            | 5 200 \$ |
| Bundesrepublik | 2 300 \$ |
| Großbritannien | 2 200 \$ |

betrug.

Die Sachkapitalausstattung in den USA ist also nach diesen allerdings notwendigerweise vagen Schätzungen mehr als doppelt so groß wie in Großbritannien und der Bundesrepublik. Das entspricht wohl im Prinzip auch heute noch den Tatsachen, mag sich auch der Abstand infolge der höheren Investitionsquote in Deutschland verringern. Die USA sind also, gemessen an ihrer Sachkapitalausstattung (und erst recht an ihren hier gar nicht erfaßten Bodenschätzen), nicht nur „reich“, sondern sie sind das reichste Land der Welt überhaupt. Infolge ihrer hervorragenden Sachkapitalausstattung haben sie das höchste Volkseinkommen je Kopf. Im Vergleich zu den „unterentwickelten Ländern“ sind aber zweifellos auch England oder die Bundesrepublik, natürlich auch Frankreich, die Schweiz und andere westeuropäische Industriestaaten, ja sogar die allmählich aufholende UdSSR als „reich“ anzusprechen.

### Die monetäre Disziplin gestaltet die Zahlungsbilanz

Nun haben bekanntlich die USA Zahlungsbilanzsorgen, während Deutschland und viele andere Länder diese Sorgen nicht haben. Gemessen an dem Passivsaldo der Zahlungsbilanz und an dem Rückgang der Goldreserven der amerikanischen Regierung scheint es, als seien die USA plötzlich „arm“ geworden, während umgekehrt die Bundesrepublik Deutschland, deren „Devisenschaufenster“ außerordentlich gut gefüllt ist, eben damit den Eindruck des Reichtums erweckt. Nach dem, was wir über die volkswirtschaftliche Sachkapitalausstattung und über ihren Einfluß auf

die Höhe des Volkseinkommens dargelegt haben, ist es klar, daß die Höhe der Notenbankreserven an Gold und sogenannten „Devisen“ kein Kriterium für Reichtum oder Armut eines Landes ist. Man würde es als einen Rückfall in das Denken der Merkantilisten bezeichnen müssen, wollte man den Wohlstand einer Nation an deren Gold- und Geldbeständen messen. Es wäre ohne weiteres möglich, daß auch ein wirtschaftlich noch nicht entwickeltes, also materiell armes Land mit niedrigem Volkseinkommen relativ hohe Gold- und Devisenreserven hätte, und in der Tat trifft das z. B. für einige britische Kronkolonien durchaus zu. Der Zahlungsbilanzsaldo einerseits und der Wohlstandsgrad einer Volkswirtschaft andererseits stehen eben nicht in einem direkten Kausalverhältnis zueinander, wenn auch wohl nicht bestritten werden kann, daß eine reiche Volkswirtschaft es leichter hat, bei entsprechender Wirtschafts- und Währungspolitik auch außenwirtschaftliche Überschüsse zu erzielen. Im Grunde kommt es immer darauf an, welche Ansprüche eine Volkswirtschaft an ihr Sozialprodukt stellt, d. h. wie sie es verwendet und wie sie ihre Investitionen (einschließlich Auslandsanlagen, Rüstung und was dergleichen Festlegungen mehr sind) finanziert — ob durch Sparen oder durch Geldschöpfung. Das Verhältnis von Sparen und Investieren im weitesten Sinne oder, allgemein ausgedrückt, der Grad der monetären Disziplin ist entscheidend für die Entwicklung der Zahlungsbilanz.

#### **Liquidität und Reichtum sind nicht identisch**

Machen wir uns das an einem privatwirtschaftlichen Beispiel klar: Man kann sich eine Firma vorstellen, die über große Anlagevermögen verfügt, aber illiquide ist, weil sie entweder mehr als ihre Abschreibungen investiert, ohne entsprechend langfristige Finanzierungsmittel zu haben, oder weil sie gar laufend mit Verlust arbeitet. Diese Firma vermag relativ „reich“ sein, aber sie hat „Zahlungsbilanzsorgen“. Dagegen steht der andere Fall einer Firma mit nur geringem Eigenkapital, aber dennoch liqui-

dem Status. Niemand wird auf den Gedanken kommen, diese zweite Firma für reich zu halten, denn im Vergleich zur erstgenannten hat sie eben wenig Eigenmittel.

Die Lage der USA dürfte etwa der einer reichen Firma vergleichbar sein; ihre Wirtschaft und Regierung leisten aber seit einiger Zeit mehr Auslandsinvestitionen und Auslandszahlungen — wenn auch zum Teil aus höchst anerkennenswerten oder politisch zwangsläufigen Gründen —, als durch den an sich recht stattlichen Aktivsaldo der Handelsbilanz und durch langfristiges Auslandskapital gedeckt werden kann. Das Beispiel der armen Firma trifft etwa auf solche unterentwickelten Länder zu, die nicht in Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind. Die deutsche Volkswirtschaft ist zwar viel weniger „reich“ als die der USA, aber sie ist andererseits doch sehr viel reicher als die unterentwickelten Länder. Bemerkenswert ist die deutsche außenwirtschaftliche Liquidität, die aber zweifelsfrei nur eines andeutet: daß nämlich die Bundesrepublik in den letzten Jahren nicht „über ihre Verhältnisse“ gelebt hat, sondern im Gegenteil einen Teil ihres Sozialprodukts nicht selbst konsumiert oder im eigenen Lande investiert hat. Ob die Bundesrepublik — oder auch irgendein anderes Land — in Wahrheit „reich“ ist, läßt sich aus der Höhe der Gold- und Devisenreserven nicht erkennen.

Im deutschen Fall kommt nun hinzu, daß per Saldo noch kein privates Auslandsvermögen wieder aufgebaut worden ist. Die kurz- und langfristigen Auslandsver-

bindlichkeiten von Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik, die 3,6 Mrd. \$ ohne Wiedergutmachungsverpflichtungen betragen, sind durch das kurz- und langfristige Auslandsvermögen ohne Gold- und Devisenreserven der Bundesbank in Höhe von 3,4 Mrd. \$ nur knapp gedeckt. Die USA besitzen demgegenüber rd. 65 Mrd. \$ Auslandsvermögen, haben aber nur etwa 41 Mrd. \$ Auslandsschulden.

Die Frage, was eine Volkswirtschaft nach außen abgeben kann, sei es als Entwicklungshilfe, sei es als gemeinsame Verteidigungsbeiträge und anderes mehr, ist also erstens eine Frage der Höhe des Volkseinkommens, zweitens und vor allem aber eine Frage der Verwendung des Volkseinkommens. Reich im eigentlichen Sinne ist eine Volkswirtschaft wie auch der einzelne nur dann und nur so weit, wie ein vergleichsweise großes Vermögen vorhanden ist. Die Zahlungsfähigkeit dagegen hängt vom Liquiditätsstatus ab, der bei einer Volkswirtschaft im Falle passiver Zahlungsbilanz durch die Höhe der Gold- und Devisenreserven bestimmt wird. Andererseits ist diejenige Volkswirtschaft arm zu nennen, die über ein vergleichsweise nur geringes Sachvermögen, geringe Bodenschätze oder geringes technisches Wissen verfügt. Auch eine solche Volkswirtschaft wird aber fälschlicherweise „reich“ erscheinen können, wenn sie sich selbst sehr einschränkt und daher nach außen leistungsfähig ist. Der deutsche Fall dürfte, was den „Reichtum“ anlangt, gute Mittelwege sein, nur die Liquidität ist ausgezeichnet — fast zu gut. (H. I.)

### **Wir müssen die Prioritäten richtig erkennen!**

Die Frage nach unserem „Reichtum“ wird im Zusammenhang mit dem Problem eines Beitrages zum wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer gestellt. Erst wenn man sich dies bewußt macht, erhält man das Bezugssystem, dessen die Frage zu ihrer eindeutigen Beantwortung bedarf. Gibt es doch keinen absoluten Reichtum, und ist es daher sicherlich nicht Taktik, wenn die Frage nach wirtschaftlichem

„Reichtum“ und Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik qualitativ anders zu beantworten ist, je nach dem, ob man beides dem „Reichtum“ Indiens oder dem der USA gegenüberstellt.

#### **Die Vergleichsmaßstäbe: Sachkapital — Einkommen**

Mit welchem Maßstab soll nun gemessen werden? Herkömmlicherweise ist wirtschaftlicher „Reichtum“ gleichbedeutend mit „Ver-

mögen", also dem Bestand an Sachgütern, der aus laufendem Einkommen durch Nicht-Verbrauch gewonnen wurde. Einzelwirtschaftlich kann er sich als Geldvermögen (Bankguthaben, Darlehnsforderungen usw.) oder als Sachvermögen (bebaute Grundstücke, Einrichtungen, Maschinen usw.) niederschlagen, gesamtwirtschaftlich als Sachvermögen und Nettoforderungen gegenüber dem Ausland.

Eine Statistik des volkswirtschaftlichen Vermögens, die einen internationalen Vergleich, besonders auch mit den Entwicklungsländern, erlauben würde, wirft schwierige methodische Fragen auf und ist nur in Ansätzen vorhanden (vgl. *Income and Wealth Series VIII, The Measurement of National Wealth*, London 1959, hrg. v. R. Goldsmith and Chr. Saunders). In dem hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang genügt aber zu wissen, daß sich die Bundesrepublik in einem solchen Vergleich wohl hinter den USA, der Schweiz, Großbritannien und etlichen anderen Ländern einordnet, sicherlich jedoch weit vor den Ländern des Fernen und Nahen Ostens, Afrikas oder Mittel- und Südamerikas.

Betrachten wir statt des Vermögens die Einkommenshöhe, so sind wir statistisch besser ausgerüstet. Das Bild entspricht in seinen Grundzügen der geographischen Vermögensverteilung; das ist wegen des geschilderten Zusammenhanges zwischen Vermögen und Einkommen auch nicht verwunderlich. In bezug auf Westdeutschland ergibt sich aber, daß wir einkommensmäßig dichter zur Spitzengruppe aufschließen als vermögensmäßig. Das liegt darin begründet, daß das Loch, das die kriegsbedingten Substanzverluste (Sachvermögenszerstörung und Verlust der Auslandsvermögen) gerissen haben, auch angesichts eines schnellen Sozialproduktwachstums (Einkommen) und hoher Raten der Sach- und Geldvermögensbildung seit 1948 noch nicht völlig gestopft werden konnte, einkommensmäßig dagegen das Gleichziehen mit anderen, durch äußere Einwirkungen weniger gestörten Industrieländern weitaus schneller erfolgte.

### *Natürlich sind wir wohlhabend!*

Welche Einwände man auch gegen die Methode solcher Vergleiche vorbringen mag — und teilweise mit Recht —, die starken Wohlstandsunterschiede werden durch sie nicht aus der Welt diskutiert. Andere Indikatoren sprechen eine ähnliche Sprache. Mögen einzelne Indikatoren (tägliches Kalorienangebot je Kopf, Stahl- und Energieverbrauch je Kopf, Einwohner je Kraftwagen, Analphabetismus, Krankenhausbetten im Vergleich zur Bevölkerungszahl, Lebenserwartung usw.) — isoliert angewendet — auch immer eine schlechte Vergleichsbasis darstellen, zusammengekommen erlauben sie doch so etwas wie Vergleiche und gruppieren die Bundesrepublik auf jeden Fall unter die wohlhabendsten Nationen ein. Wenn es ohne Zweifel auch noch einige Länder gibt, die uns an Wohlstand übertreffen, so sind sie doch im Verhältnis zu denen, die wir an Wohlstand übertreffen, sehr gering an Zahl.

Es soll aber noch dem Einwand begegnet werden, daß wir — anstatt uns den Entwicklungsländern als „reiches“ Land zu empfehlen — uns ja auch als „arm“ gegenüber den USA und einigen anderen Ländern bezeichnen und damit das Ergebnis auf den Kopf stellen könnten. Nun, man kann das Ergebnis dadurch eben nicht auf den Kopf stellen. Unseren „Reichtum“ an den zurückgebliebensten Ländern zu messen, dazu zwingt uns der politische Tatbestand, daß diese Länder ihre „Armut“ an unserem Wohlstand messen. In der einen Welt gehört die Bundesrepublik zur rei-

chen Minderheit. Freilich wird auch die Tatsache, daß die Reichen unterschiedlich reich sind, eine Rolle zu spielen zu haben, in erster Linie aber im Hinblick auf eine vernünftige Umlage der den Nationen erwachsenden Belastung, also bei Aufstellung eines Verteilungsschlüssels.

### *Kapitalmangel ist kein Argument gegen Hilfeleistung*

Auch das Argument des „Kapitalmangels“ im eigenen Land trägt nicht. Natürlich gibt es in den Industrieländern ungedeckte Bedürfnisse, auch im Investitionsbereich, und damit „Kapitalmangel“. Andernfalls wären ohne Entwicklungshilfe alle Voraussetzungen für eine langfristige Stagnation gegeben und die Entwicklungshilfe geradezu der rettende Ausweg. Wenn sich der „Kapitalmangel“ jedoch auf einem Vermögens- und Einkommensniveau wie dem der Bundesrepublik abspielt, hört er ganz entschieden auf, ein Argument gegen verstärkte Entwicklungshilfe zu sein.

Was sich mit allem Nachdruck stellt, das ist die Frage der Prioritäten, d. h. der Rangfolge der verschiedenen um unser Produktionspotential konkurrierenden Verwendungszwecke. Die Entscheidung hierüber ist ein politischer Akt. Werden die Prioritäten richtig erkannt, so müßte die Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer in jeder Form (nicht nur durch Kapitalhilfe, sondern auch durch entsprechende Handelspolitik, technical assistance usw.) so groß sein, daß auf die Bundesrepublik nach einem vernünftigen internationalen Verteilungsschlüssel jährlich einige Milliarden DM entfallen. (HB)

### *Die Fragestellung ist ein Politikum!*

Die Frage, ob eine Volkswirtschaft „arm“ oder „reich“ ist, läßt sich auch mit Hilfe einer fundierten und ins einzelne gehenden Analyse nur schwer beantworten. Die Antwort ist um so schwieriger, wenn es sich bei dieser Frage um eine so hochpolitische Angelegenheit handelt wie im deutschen Fall. Die politische Diskussion nimmt im allgemeinen auf objektive Analysen wenig Rücksicht, und so ist es nicht

weiter verwunderlich, daß es auf eine solche Frage so viele Antworten wie Kontrahenten gibt.

Auch die Nationalökonomien sind sich hier keineswegs einig, denn man kann dieses Problem unter den verschiedensten Aspekten betrachten. Wenn man mit den Konservativen den Kapitalzins als Kriterium für „Armut“ oder „Reichtum“ einer Volkswirtschaft ansieht, muß man zu dem Schluß kommen,

daß Deutschland mit einem Satz von 6—7% für langfristige Titel ohne Zweifel ein relativ „armes“ Land ist. Das gleiche gilt, wenn man vom durchschnittlichen Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland ausgeht. Beurteilt man das Problem dagegen nach den Investitionen der privaten und öffentlichen Wirtschaft, der Verschuldung der öffentlichen Hand, den Devisenreserven der Notenbank, den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte oder gar ihrer Ausstattung mit Dauergütern, wie Autos oder Haushaltsgeräten, so kann man nicht umhin, der westdeutschen Wirtschaft erheblichen Wohlstand zu attestieren.

#### ***Der politische Wille entscheidet über Hilfeleistungen***

Alle Überlegungen und Berechnungen dieser Art sind ohne Zweifel von großem Interesse, doch scheinen sie mir für das aktuelle Problem, in welchem Umfang nämlich die Bundesrepublik zu den finanziellen Verpflichtungen der westlichen Allianz beitragen soll oder kann, irrelevant zu sein. Das Problem, um das es hier geht, ist m. E. ein rein politisches und läßt sich mit „objektiven“ ökonomischen Kriterien nicht erfassen. Das gilt vor allem für die Forderungen an die Bundesrepublik, mehr Hilfe an Entwicklungsländer zu leisten. Eine derartige Hilfe an andere Länder entspringt politischen Überlegungen und nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder rechtlichen Verpflichtungen. Und ebenso liegt der Nutzen einer solchen Aktion in erster Linie auf politischem und nicht auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wenn die westlichen Demokratien oder die kommunistischen Länder sich zur Hilfe an Entwicklungsländer entschlossen haben, so geschah das auf lange Sicht mit dem Ziel, in diesen Ländern die Voraussetzungen für politische Kräfte zu schaffen, die ihnen mindestens nicht feindlich gegenüberstehen. Die primäre Frage ist in diesem Zusammenhang also, ob die politische Führung eines Landes den Willen zu einer derartigen Politik besitzt, und die Erfahrung zeigt uns, daß die Frage, ob eine Volkswirtschaft „arm“ oder „reich“ genug dazu sei, nur von sekundärer Bedeutung ist. Es genügt, auf die Beispiele der Sowjetunion oder Chinas, Jugoslawiens oder Israels hinzuweisen, also auf Länder, deren Wohlstand weit unter dem der meisten westlichen Industrienationen liegt und die trotzdem in erstaunlichem Umfang anderen Ländern praktische Entwicklungshilfe leisten.

#### ***Leistungsbilanzüberschüsse sind Hilfeleistungen***

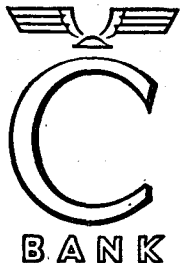
Der politische Charakter dieser Frage sollte aber die ökonomischen Konsequenzen nicht überdecken. Es ist kaum zweifelhaft, daß die Bundesrepublik „reich“ genug ist, einen erheblichen Beitrag zu den Hilfsprogrammen der westlichen Welt zu leisten. Dieses Urteil kann man ohne weiteres auf Grund der bisherigen Entwicklung abgeben. Die Bundesrepublik bringt nämlich seit Jahr und Tag eine Wirtschaftshilfe an das Ausland in Form eines jährlichen Leistungsbilanzüberschusses von 4—6 Mrd. DM (ohne die unentgeltlichen Leistungen) auf. Für diese Summe verkauft sie jedes

Jahr Güter und Leistungen an die übrige Welt, ohne dafür Güter oder Leistungen anderer Volkswirtschaften in Anspruch zu nehmen, da sie sich mit einer Gegenleistung in Gold oder fremder Währung begnügt. Sie bezahlt dafür mit relativ zu hohen Inlandspreisen und einer fortgesetzten Inflationierung bestimmter Güterkategorien.

Es ist hier nicht der Ort, die Problematik dieser Art von „Wirtschaftshilfe“ zu diskutieren. Die Existenz der ständigen Leistungsbilanzüberschüsse ist aber ein Zeichen dafür, daß die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft auch für eine Wirtschaftshilfe in großem Rahmen ausreicht, da sie den entsprechenden Verlust an Gütern und Leistungen jahrelang tragbar gemacht hat, ohne eine Änderung der Währungspolitik zu erzwingen, die den laufenden Güterabfluß verursachte.

#### ***So sind wir doppelt belastet***

Diese Währungspolitik bringt uns nun allerdings in die Gefahr, einen wesentlich höheren Beitrag zur Wirtschaftshilfe des Westens zu leisten, als an sich notwendig und vom politischen Nutzen her gerechtfertigt wäre. Denn in Zukunft wird es mit dieser „unsichtbaren Wirtschaftshilfe“ an das Ausland, die im übrigen alles andere als honoriert wird, nicht mehr getan sein; die Bundesrepublik soll und muß ein Programm gezielter Wirtschaftshilfe in Angriff nehmen. Solange sich aber seine Wirtschafts- und Währungspolitik nicht ändert, wird Westdeutschland doppelte Wirtschaftshilfe leisten, einmal in Form der bisher schon vorhande-



# COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in

DUSSELDORF · FRANKFURT (MAIN) · HAMBURG

In Berlin BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

nen Leistungsbilanzüberschüsse und zweitens in Form der neuen Hilfsprogramme an die Entwicklungsländer. Man argumentiert im Ausland gern — und aus Gründen der internationalen Liquiditätslage verständlicherweise — damit, daß Deutschland diese neuen Lasten auf sich nehmen könne, weil die 30 Mrd. an Gold und Devisen, die man in Frankfurt so fleißig gehortet hat, unseren Reichtum beweisen. Wir sind aber nicht „reich“, weil wir über diese Devisen verfügen, sondern wir verfügen über die Devisen, weil wir bisher „reich“ genug waren, einen Teil unseres Sozialprodukts an das Ausland abzugeben.

#### ***Ist unsere Währungspolitik noch sinnvoll?***

Es wird von unserer künftigen Währungspolitik abhängen, ob wir uns in Zukunft noch „reicher“ zeigen wollen als bisher und zu den neuen Lasten noch die bisherige Last weitertragen wollen. Vom politischen Standpunkt aus wäre eine Entscheidung in dieser Richtung, d. h. eine Fortsetzung der bisherigen Zahlungsbilanzüberschüsse ad calendas graecas, nicht eben sinnvoll, da sie die wirtschaftlichen Opfer der Bundesrepublik nicht in den größten politischen

Nutzen umzusetzen geeignet ist. Das hat das bisherige internationale Echo auf unsere Währungspolitik deutlich gezeigt. Sicher wäre die westdeutsche Volkswirtschaft „reich“ genug, auch diesen Verlust zu tragen, aber es ist nicht einzusehen, warum sie es ohne entsprechenden Nutzen tun sollte. Die Ostblockländer beispielsweise leisten sich diesen Luxus nicht. Ihre Planwirtschaften arbeiten mit Hilfe bilateraler Handelsabkommen normalerweise mit ausgeglichenen Leistungsbilanzen und belasten sich über den Außenhandel nicht mit unnötigen Güter- und Leistungsverlusten. Auf diese Weise gewinnen sie Spielraum für ihre gezielten Hilfsprogramme.

Man sollte diesem Prinzip, wenn auch nicht der Methode, in der Bundesrepublik folgen und jene „Wirtschaftshilfe“ durch Leistungsbilanzüberschüsse auf die Dauer eliminieren. Denn ganz gleich, wie man die Frage nach dem Wohlstand der deutschen Wirtschaft schließlich beantwortet, wäre es unklug, ihr neue Lasten aufzuladen und gleichzeitig zu dulden, daß ein Teil ihres Sozialprodukts ins Ausland versickert, ohne daß damit irgendein politischer oder wirtschaftlicher Nutzen verbunden wäre. (Rth)

der Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, als Nord-Süd-Gegensatz, in absehbarer Zeit größer wird und damit auch gefährlicher als der gegenwärtige Ost-West-Gegensatz. Da die Industrievölker in der erheblichen zahlenmäßigen Minderheit sind, müssen wir — trotz aller technischen Erfolge der letzten 200 Jahre — feststellen, die Menschheit lebt in ihrer Gesamtheit nach wie vor in großer Armut.

Die Industrievölker, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in einem starken wirtschaftlichen Aufstieg begriffen sind, entwickeln eine Haltung selbstzufriedener, äußerer Ruhe. Aber die tiefe Unruhe und Unzufriedenheit des größeren Teils der Menschheit als Folge ihres Elends ist unüberhörbar. Daher bei uns der Ruf nach vermehrter Sicherheit, womit bisher mehr und stärkere Waffen gemeint waren. Zweifellos kann man den Waffen in der Hand eines potentiellen Gegners nicht mit bloßen Worten von der ethischen Überlegenheit der pazifistischen Idee entgegentreten. Aber das Problem der Sicherheit ist durch mehr Waffen keineswegs gelöst; im Gegenteil, nur der Teufelskreis des Rüstungswettlaufs wird damit gelöst.

#### ***Die „Demokratisierung des Atomklubs“***

Zur Sicherheit gehört es, die Ursachen der Unsicherheit zu beseitigen. Und zweifellos ist das Massenelend, im Weltmaßstab gemessen, eine der tiefsten Ursachen für Unruhen und Krieg. Noch können wir uns die Erde ohne Krieg nicht vorstellen — weil es immer Kriege gegeben hat, wie die landläufige Begründung meint.

Aber in absehbarer Zeit, wahrscheinlich noch in den sechziger Jahren, wird jeder Krieg mit Atombombenwürfen verbunden sein; dann nämlich, wenn es keinen exklusiven Atombombenklub mehr gibt, die Atombombe für „jedenmann von der Stange“ zu haben ist. Die Erfahrung seit Hiroshima, begrenzte Kriege in vielen Teilen der Welt ohne Atombombeneinsatz, spricht nur scheinbar dagegen, denn es war die jetzt zu Ende gehende Zeit des Atombombenklubs.

#### **Wieviel können wir für die Entwicklungsländer ausgeben?**

Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung muß sich von nur rd. 2 000 Kalorien täglich ernähren, das sind, wie wir Deutschen aus Erfahrung wissen, Hungerrationen. Dieser weltweite Hunger hat sich in unserem Jahrhundert in doppelter Hinsicht verschlimmert: Einmal hat sich die soziale Lage für viele Völker verschlechtert, weil durch das Eindringen des Kapitalismus, verbunden mit modernen Daseinsformen, sich die Bevölkerung noch schneller vermehrt hat als die Zahl der Arbeitsplätze. Die Einführung der Hygiene hat zur Verdoppelung der Bevölkerung z. B. in den nordafrikanischen Ländern in diesem Jahrhundert geführt, wodurch alle Erfolge moderner Landwirtschaftsmethoden und der Industrialisierung mehr als aufgezehrt wurden. Zum anderen kommt zu diesem

direkten Anwachsen der Armut das steigende Mißverhältnis gegenüber dem schnell wachsenden Wohlstand der westlich-kapitalistischen Industrieländer, aber auch der Sowjetunion. Der Gegensatz zum industriellen Wohlstand läßt das Massenelend in den Entwicklungsländern erst in seiner ganzen Kraßheit deutlich werden.

#### ***Unruhe erfaßt die Entwicklungsländer***

Diese Spaltung in arme und reiche Völker wird täglich tiefer, denn die Zunahme des Sozialprodukts ist in den Entwicklungsländern minimal — wenn nicht gar stagnierend —, während in den Industrieländern eine jährliche Zunahme von etwa 5 % erwartet wird und in der Bundesrepublik 1960 eine Zunahme von 11 % erreicht wurde. Es ist vorauszusehen, daß

Die „Demokratisierung“ dieses Klubs bringt vermehrte Gefahren, also vermehrte Unsicherheit.

Die Bemühungen gegen die Kriegsgefahren müssen also vermehrt werden, wenn die Atom-bombenkatastrophe verhindert werden soll. Diese voraussichtliche Entwicklung erscheint mir als die Rechtfertigung für all das, was wir unter dem Schlagwort Entwicklungshilfe zusammenfassen. Entwicklungshilfe ist die hauptsächliche Aktion der Industriemächte, um den heraufziehenden Nord-Süd-Konflikt im wesentlichen friedlich auszutragen.

#### **Die richtunggebenden Faktoren**

Da unser Volk — nach den Erfahrungen der jüngsten Geschichte durchaus verständlich — einen besonderen Drang nach Sicherheit hat, ergeben sich daraus weitgehende Verpflichtungen zur Finanzierung der Entwicklungspolitik! Die Höhe der aufzubringenden Mittel muß sich an zwei Faktoren orientieren: 1. Da die Finanzierung der Entwicklungspolitik, genau wie die Rüstung, der Sicherheit dient, muß sie also mit der Höhe der Rüstungskosten verglichen werden. In welches Verhältnis man die Kosten beider Notwendigkeiten setzt, unterliegt der wechselnden Beurteilung der politischen Lage. Für 1961 ist ein Verhältnis von etwa 1 : 3 zwischen Entwicklungs- und Militärausgaben geplant (etwa 4 Mrd. DM zu etwa 12 Mrd. DM). Im Augenblick, da keine akute Kriegsgefahr gegeben erscheint, wird man das Verhältnis zugunsten der Entwicklungspolitik ändern müssen.

2. Müssen sich die Finanzleistungen für Entwicklungsaufgaben, wie die aller anderen Ausgaben, an der Höhe des Sozialprodukts, also an der gesamtwirtschaftlich erbrachten Leistung, orientieren. Da man 1961 allein für Kapitalexport in die Entwicklungsländer 4 Mrd. DM vorgesehen hat; muß man etwa 2% des jährlichen Sozialprodukts, das 1960 etwa 250 Mrd. DM betrug, hierfür vorsehen.

#### **Entwicklungshilfe verlangt Dauereinsatz!**

Diesen Betrag, der für das eine Jahr vorgesehen ist, kann man unmöglich wieder kürzen. Weder die

Entwicklungsländer noch die westlichen Verbündeten würden hierfür das geringste Verständnis aufbringen. Denn man hat damit gezeigt, was die deutsche Volkswirtschaft zur Verfügung stellen kann. Von diesem einmal selbst gesetzten Niveau wird man künftig ausgehen müssen. Der genannte Prozentsatz von 2% erscheint nur im ersten Augenblick exorbitant, da man im allgemeinen von nur 1% für diese Aufgaben spricht. Die Differenz in den Prozentsätzen erklärt sich zum Teil daraus, daß die für dieses Jahr genannten 4 Mrd. DM nur für den Kapitalexport in die Entwicklungsländer in seinen verschiedenen Formen, als Anleihen, Darlehen oder auch als Exportkredite, vorgesehen sind. Dieser Kapitalexport macht etwa 1,5% des Sozialprodukts aus. Aber ebenso wichtig wie der Kapitalexport ist die Ausbildung von Fachleuten, deutschen sowohl als auch überseeischen, um diese Summe auch zweckvoll im Interesse der Entwicklungsländer auszugeben. Es geht um die technische und wissenschaftliche Ausbildung derjenigen, die in den Entwicklungsländern neue Aufgaben übernehmen sollen. Technik, ohne die Menschen, die sie handhaben können, ist wertlos.

Für diese Ausbildungsaufgaben wird man sicher noch 1/2% des Sozialprodukts, also über 1 Mrd. DM, als Entwicklungsaufgabe hinzunehmen müssen, d. h. nicht alle Entwicklungszahlungen müssen di-

rekt in die Entwicklungsländer gehen; vieles muß hier verausgabt werden für Vorbereitungen, damit die 4 Mrd. DM nicht sinnlos vertan werden.

Die Finanzleistungen der Entwicklungshilfe auf das Sozialprodukt zu beziehen, hat den Vorteil, die Leistungen international vergleichbar zu machen, was notwendig ist, da es sich hierbei um Aufgaben weltweiter Zusammenarbeit handelt.

Die Aktivierung der westdeutschen Entwicklungshilfe der letzten Monate geht vor allem auf die Forderung der USA zurück, die Deutschen sollten mehr für die Politik der westlichen Welt aufbringen. Diese verständliche Forderung überspitzte sich allerdings dahin, daß die Bundesrepublik den Amerikanern finanzielle Lasten abnehmen sollte, die diese sich auf Grund ihrer weltpolitischen Verpflichtungen aufgebürdet hatten. Aber die USA sind schließlich kein unterentwickeltes Land. Höhere deutsche Leistungen können nur höhere Gesamtleistungen bedeuten. Es wäre eine Verkennung der weltpolitischen Lage, wenn die Bundesrepublik jetzt Finanzleistungen übernehme, zu denen die Amerikaner sich verpflichtet haben. Die deutsche Entwicklungspolitik kann nur im Interesse der Entwicklungsländer selbst durchgeführt werden und muß die Gesamtaufbringung der westlichen Welt entsprechend erhöhen. (Kb)

#### **Was erwartet man von uns?**

Die USA sind trotz der imposanten Höhe mit unserem Anerbieten nicht zufrieden gewesen. Es dürfte deshalb notwendig sein, die Zweisichtigkeit der amerikanischen Erwartungen etwas näher zu untersuchen.

#### **Unser Reichtum ist Leistungsfähigkeit**

Gewiß, unser Reichtum ist nicht an unseren Gold- und Devisenreserven, die wir durch Exportüberschüsse gewonnen haben, abzulesen. Wir haben schon in den volkswirtschaftlichen Anfangssemestern gehört, daß man den Reichtum einer Volkswirtschaft nicht an den

Exportüberschüssen, sondern viel eher an den strukturellen Importüberschüssen ablesen kann. Es wäre aber auch falsch, aus diesen Exportüberschüssen auf den Grad unserer Armut zu schließen, denn diese Exportüberschüsse waren für unsere Volkswirtschaft nicht lebensnotwendig, und wir haben sie gehorhet. Der Reichtum ist auch nicht ohne weiteres aus unserem, wenn auch beachtlichen Lebensstandard abzulesen, der gegenüber anderen Industriestaaten immerhin noch einen Rückstand aufweist. Auch unsere nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebauten Auslandsanla-

gen bieten keine Veranlassung, von „Reichtum“ zu sprechen. Unser Reichtum besteht aus unserer eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die allerdings aus der Relation zwischen Exportüberschüssen und Lebensstandard abzuschätzen ist. Unser Reichtum ist also Potenz und nicht Substanz. Mit dieser Feststellung wird bereits umrissen, auf welche Art unser Reichtum eingesetzt werden kann, um uns an den weltweiten Aufgaben zu beteiligen.

#### *Wir haben zu lange gezögert*

Wenn die USA, denen wir durch ihre Starthilfe für die rasche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sehr viel zu verdanken haben, uns auffordern, in weitaus stärkerem Maße als bisher zu der weltweiten Entwicklungshilfe beizutragen, so ist das durchaus verständlich, und es mag für uns etwas peinlich sein, daß wir bisher so wenig dafür getan haben, daß wir lange Zeit glaubten, mit finanziellen Garantien für die finanziellen Exportrisiken eigentlich nahezu genug getan zu haben. Wir haben uns nun dazu aufgeschwungen, einen ansehnlichen Milliardenbetrag für die Entwicklungshilfe

zur Verfügung zu stellen, wenn auch bei der Aufbringung etwas mit den Zähnen geknirscht worden sein mag. Immerhin können wir sagen, daß diese Hilfe unserer Leistungsfähigkeit schon etwas eher entsprechen dürfte, und wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hierbei nicht um eine einmalige Leistung handeln kann und daß sich die Höhe der Entwicklungshilfe eher vergrößern als vermindern wird. Aber schließlich haben wir ja auch die Möglichkeit, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiterhin beachtlich zu steigern.

#### *Entwicklungshilfe oder Finanzhilfe*

Es ist auch durchaus verständlich, daß die USA aus diesem stärkeren deutschen Einsatz bei der Bewältigung der weltweiten Aufgaben indirekt eine Entlastung ihrer angespannten Zahlungsbilanz erwarten. Ich glaube nur, daß dieses indirekte Ziel zu sehr in den Vordergrund gerückt worden ist, und das kann weder in unserem noch im Interesse der USA liegen. Deshalb ist es erforderlich, ungeachtet unserer politischen Freundschaft sorgfältig zu prüfen, wofür der Einsatz unseres „Reichtums“ erfolgen soll. Wir ver-

mengen hierbei zwei divergierende Ziele, die scharf voneinander getrennt werden sollten. Wenn wir eine moralische Verpflichtung anerkennen, uns in verstärktem Maße an der Lösung der weltweiten Aufgaben, die die westliche Welt zu erfüllen hat, zu beteiligen, so ist es nicht ohne weiteres selbstverständlich, daß wir durch Übernahme bereits eingegangener amerikanischer Verpflichtungen für die Bereinigung der amerikanischen Zahlungsbilanz reine Finanzhilfe leisten müssen. Das Dilemma der amerikanischen Zahlungsbilanz ist ein kurzfristiges Problem. Das reichste Land der Welt hat zweifellos genügend Wege, um es zu überwinden. Das schließt nicht aus, daß es für uns politisch sinnvoll sein kann, den einen oder anderen Wunsch der Amerikaner zu erfüllen. Aber man sollte doch diese Zweischichtigkeit der amerikanischen Wünsche klar erkennen.

Der Entscheidung darüber, wo wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sinnvoll einsetzen, muß im Prinzip uns verbleiben, denn wir sind ein souveräner Staat, und es wäre unklug, daran Zweifel aufkommen zu lassen. (h)

## *Um den Solidaritätsbeitrag der Arbeitnehmer*

### *Ein Zwangsbeitrag der Nichtorganisierten?*

Wohl noch nie hat eine tarifpolitische Forderung so starkes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt wie das von der Indstriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in ihren Verhandlungen mit der Bauwirtschaft mit großem Nachdruck vorgebrachte Verlangen, auch die nichtorganisierten Bauarbeiter durch Tarifvertrag zu einem Beitrag aus ihrem Arbeitslohn zu zwingen. Gewiß, die Gewerkschaft selbst hat mit eigenen Verlautbarungen das Ihre getan, ihren Wünschen die erforderliche Resonanz zu verschaffen. Das pflegt indessen auch sonst zu geschehen.

#### *Die politische Tragweite*

Ungewöhnlicher ist es aber, daß der rührige Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Georg Leber, nicht nur

bei den zuständigen Bundesministerien, dem Arbeits- und dem Wirtschaftsministerium, Verständnis für sein neuartiges Vorhaben sucht, sondern sogar dem Bundespräsidenten seinen Plan vorzutragen Gelegenheit hatte. Nicht minder deutlich zeigt die öffentliche Reaktion, daß es hier um eine Angelegenheit geht, die von außerordentlicher Bedeutung für unser Koalitionsrecht, ja für unsere verfassungsrechtlich geschützte Freiheitliche Ordnung sein kann.

Die sehr prompten kritischen Stellungnahmen der politischen Parteien — mit Ausnahme der SPD —, anderer Gewerkschaften, vor allem der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und der Christlichen Arbeitnehmer, und weiterer Orga-

nisationen und natürlich auch der Arbeitgeber selbst lassen erkennen, welche prinzipielle und politische Tragweite man diesem Vorstoß der Gewerkschaft beimißt. Man tut dies nicht zuletzt in der Erwartung, daß auch andere Industrie- und Gewerkschaften sich die Forderungen der Bauwirtschaft zueigen machen werden, falls deren Vorgehen Erfolg hat und sich dieses Modell als nützlich erweist.

Es liegt daher nahe, daß man die Entscheidung über diese sehr grundsätzliche Frage nicht allein den unmittelbar Beteiligten überlassen möchte, sondern auch in den Spitzenorganisationen darüber mitzusprechen wünscht.

#### *Die Begründung der Forderung*

Es scheint, daß die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden ihre Forderung geschickt und sorgfältig vorberei-